

## Katastrophenschutz: Ein Entweder-oder

Florian Kasser, Atomkampagne Greenpeace Schweiz, 6. September 2012  
[florian.kasser@greenpeace.org](mailto:florian.kasser@greenpeace.org) +41 76 345 26 55

Seit Fukushima im März 2011 wird intensiv über die Sicherheitsdefizite des AKW Mühleberg berichtet. Die Anlage gehört zu den ältesten Atomkraftwerken der Welt und erfüllt nicht mehr moderne Sicherheitsanforderungen. Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko von Materialversagen: die Komponenten werden seit 40 Jahren heftig beansprucht und müssen extreme Bedingungen standhalten: Hitze, Druck und Radioaktivität.

Vielleicht aber haben Sie, meine Damen und Herren, mehr Vertrauen in die Sicherheit von Mühleberg als ich. Aber das ist nicht die Diskussion von heute. Denn einen geeigneten Katastrophenschutz müsste es auch geben, wenn Mühleberg eine topmoderne Anlage wäre und die neusten Sicherheitsanforderungen erfüllen würde. Niemand mehr bestreitet unterdessen, dass der Betrieb eines Atomkraftwerks ein Restrisiko birgt, und dass ein Unfall passieren kann – auch wenn die Wahrscheinlichkeit schwindend klein ist. Katastrophenschutz ist der Versuch einer Antwort auf das Restrisiko des AKW-Betriebs. Oder besser gesagt: sollte es sein.

Denn die Studie des Öko-Instituts Darmstadt zeigt heute, dass der Katastrophenschutz, wie er bislang in der Schweiz organisiert ist, nichts taugt:

- Die radioaktive Wolke breitet sich weit über die Zonen 1 und 2 aus. Für den grössten Teil der Betroffenen in Zone 3 sind keine Massnahmen vorgesehen.
- Die Jodtabletten stehen für die meisten Betroffenen vor Ort gar nicht bereit.
- Dass radioaktives Wasser den Flusslauf der Aare aufs Gröbste kontaminieren könnte, wurde bisher schlichtweg ignoriert.
- Eine Evakuierung der Stadt Bern wäre innert weniger Stunden nötig. Entsprechende Evakuierungspläne sind bis jetzt nicht vorhanden.
- Wie die Funktionsweise der beinahe 90 Bundesämter gewährleistet werden soll, ist völlig ungeklärt. Man darf sich berechtigterweise fragen: Wird zuerst die Bevölkerung oder die Verwaltung evakuiert?
- Für einzelne Bundesämter ist das Problem besonders kritisch: der Hauptsitz des Bundesamt für Bevölkerungsschutz liegt an der Monbijoustrasse, mitten in der zu evakuierenden Zone in Bern. Wie soll der Katastrophenschutz organisiert werden, wenn das zuständige Bundesamt nicht mehr handlungsfähig ist?

Immerhin haben die Behörden nach Fukushima die Untauglichkeit des Katastrophenschutzes erkannt. Die interdepartementale Arbeitsgruppe IDA-Nomex, die ihren Bericht im letzten Juni veröffentlichte, listet sage und schreibe 56 Aktionspunkte, die in Zukunft verbessert werden müssen. Die letzten Anpassungen sollen nota bene erst Ende 2014 erfolgen.

### ENSI rechnet weiter mit Schönwetter-Szenarien

Einer der Aktionspunkte stellt die Referenzszenarien in Frage, die als Grundlage für die Planung des Katastrophenschutzes dienen. Im Moment sind drei verschiedenen Szenarien vorhanden, die von einer unterschiedlich grossen radioaktiven Freisetzung ausgehen.

Im schlimmsten der ENSI-Szenarien treten gerade einmal 0.005% der radioaktiven Aerosolen (z.B. Cäsium) aus dem AKW aus, während in Fukushima rund 5% – also 1000 mal mehr – des radioaktiven Materials freigesetzt wurden. Es wird lediglich mit „mittleren“ Wetterlagen gerechnet, was besondere meteorologische Situationen – wie starken Wind – ignoriert. Weiter

werden sehr starke Erdbeben in den Szenarien gar nicht berücksichtigt. Dies obwohl ausgerechnet Mühleberg schlecht gegen Erdbeben gerüstet ist.

Das ENSI, das für die Erarbeitung dieser Szenarien zuständig ist, gesteht nach Fukushima ein, dass sich diese Szenarien neu auf „realistische Annahmen“ stützen müssen. Die Aufsichtsbehörde will aber die Freisetzung einer Menge radioaktiven Materials wie in Fukushima weiter nicht in Betracht ziehen. Ein solcher Entscheid ist unverständlich: Katastrophenschutz ist kein Job für Optimisten!

Ich habe allerdings durchaus Verständnis dafür, dass sich die Behörden weigern, das Undenkbare zu denken. Pessimistische Szenarien würden die Hilflosigkeit der Behörden gegen einen Atomunfall nur betonen und den Widerspruch zum Gesetz noch eklatanter machen.

Laut dem IDA-Nomex-Bericht muss der Katastrophenschutz verbessert werden. Dabei hat der Bundesrat der Verwaltung eine unlösbare Aufgabe gestellt: die Katastrophenschutzplanung wird den Schweizer AKW einen Freipass für den weiteren Betrieb erteilen, aber nie die Bevölkerung ausreichend schützen. In der Schweiz und besonders im Fall Mühleberg, das als einziges AKW der Welt in unmittelbarer Nähe einer Hauptstadt betrieben wird, ist ein wirksamer Katastrophenschutz utopisch.

Die Behörden müssten den Mut haben zu sagen: Wir stehen vor einem Entweder-oder. Entweder wir schützen die Bevölkerung – oder Mühleberg.